

Maße mittels staatlicher Aktivitäten, das heißt politischer Entscheidungen. Ob Hochrüstung oder nicht, ob Konfrontation oder nicht sind primär politische Entscheidungen.

Den veränderten äußeren und inneren Existenzbedingungen des Imperialismus ist es geschuldet, daß sich in einem komplizierten, nicht geradlinig verlaufenden Prozeß die Erkenntnis Bahn zu brechen begonnen hat, daß Profitproduktion nur möglich ist, wenn eine nukleare Auseinandersetzung, ein Krieg überhaupt verhindert wird.

Zusammenfassend ist zu sagen: Am Wesen des Imperialismus hat sich nichts geändert. Immer wieder werden, wie Genosse Hager auf der 6. Tagung des ZK der SED betonte, in seinem Schoß kriegslüsterne Kräfte geboren, die gefährlich werden können, wenn sie nicht rechtzeitig gezügelt werden. Gezügelt durch die ökonomischen und politischen Realitäten, eine kluge, flexible Politik der sozialistischen Länder sowie den Widerstand breiter gesellschaftlicher Schichten in allen Ländern unseres Erdballs.

Ausdruck dessen war auch das jüngst in der DDR-Hauptstadt zu Ende gegangene dreitägige Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen. In einem umfassenden, gleichberechtigten, offenen und sachlichen Dialog, an dem Vertreter von 113 Ländern teilnahmen, sprach man nicht allgemein über die Sache des Friedens, sondern es wurden Wege zur Befreiung der Menschheit von Atomwaffen erörtert. Damit wurde überzeugend bewiesen, daß sich Vernunft und Realismus in den internationalen Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten immer mehr Bahn brechen, wie es Genosse Erich Honacker in seinen Schlußbemerkungen auf dem Weltforum des Friedens ausdrückte.

Siegfried Ullrich
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR

Internationale Beziehungen auf neue Weise gestalten

Immer wieder ist die Rede davon, auf neue Weise, mit neuen Formen und Verfahren die internationalen Beziehungen zu gestalten, vor allem wenn es um Abrüstung und Entspannung geht. Was ist darunter zu verstehen?

Dieter Klingebberger
Parteigruppenorganisator*in VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin

In der Welt von heute kann die Menschheit nur gemeinsam leben oder gemeinsam untergehen. Darin besteht die unerbittliche Wahrheit dieser Zeit. Denn: Würde ein Kernwaffenkrieg ausbrechen - und selbst wenn dabei nur ein Teil der weltweit vorhandenen 50 000 Kernsprengköpfe zum Einsatz käme -, so wäre das das Ende der menschlichen Zivilisation. Auf dem europäischen Kontinent mit seinen rund 200 Kernkraftwerksblöcken und weiteren kerntechnischen Anlagen sowie seinem dichten Netz von chemischen Produktionsstätten hätte sogar ein konventioneller Krieg die gleiche Wirkung: eine atomare und chemisch verseuchte Wüste.

Daraus ergibt sich zwingend: Eine militärische Auseinandersetzung kann nicht das Mittel sein, um politische, wirtschaftliche, ideologische oder wie auch immer geartete Ziele zu erreichen. Sicherheit kann kein Staat mehr mit militärischen Mitteln schaffen. Sie ist auch nicht mehr gegen andere Staaten, sondern nur noch gemeinsam erreichbar und kann nur für alle gleich sein, oder es gibt sie nicht.

Diese neue welthistorische Situation erfordert Konsequenzen für die Politik aller Staaten. In dem Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag wurde der Schluß gezogen: „Erforderlich ist der ernsthafte Wille, nicht in den Denkschablonen der Konfrontation und des Strebens nach militärischer Überlegenheit zu verharren, sondern auf neue

Weise an die Dinge heranzugehen, neue Formen und Verfahren in den Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Systemen, Staaten und Regionen zu finden. Jede auch noch so geringe Chance gilt es zu suchen und zu nutzen, um die Tendenz einer ständigen Erhöhung der Kriegsgefahr zu stoppen, sie umzukehren zur ständigen Stabilisierung des Friedens.“

Erforderlich ist also ein neues Herangehen an die Gesamtheit der internationalen Beziehungen, ist ihre konsequente Gestaltung nach den Normen friedlicher Koexistenz. Diese verhindert, Streitfragen mit militärischen Mitteln auszutragen; ermöglicht den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme, ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Stillstand der ideologischen Auseinandersetzung. Konstruktives außenpolitisches Handeln, Primat der Politik, Berechenbarkeit, Flexibilität und Kompromißbereitschaft sind notwendige Grundzüge dieses neuen Herangehens. Ergebnis eines neuen Durchdenkens der Realitäten in der Welt war 1983 - als die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles in Westeuropa begann - der Ruf unserer Partei, jetzt erst recht für den Frieden zu kämpfen; der Entschluß, eine Politik der Schadensbegrenzung zu betreiben und einen ergebnisorientierten Dialog mit allen realistisch denkenden Kräften in den kapitalistischen Ländern zu suchen und zu führen. Heute ist der Dialog zu einem wichtigen, unverzichtba-